

Kleine Anfrage

des Abg. Norbert Zeller SPD

und

Antwort

des Justizministeriums

Personalsituation am Landgericht in Ravensburg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Personalsituation am Landgericht in Ravensburg mit fehlenden 4,5 Stellen?
2. Welche Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit sieht die Landesregierung durch die zeitliche Verzögerung der Verfahrensabwicklung aufgrund der Überlastung des Gerichtes?
3. Wie kann der derzeitige Qualitätsstandard in der Rechtssprechung künftig gehalten werden?
4. In welchem zeitlichen Rahmen kann mit einer Verbesserung der personellen Situation am Landgericht in Ravensburg gerechnet werden?

13. 03. 2006

Zeller SPD

Begründung

Das Landgericht Ravensburg ist das am höchsten belastete Landgericht im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart. Nach dem geltenden Personalschlüssel fehlen in Ravensburg derzeit 4,5 Richterstellen. Das Arbeitsaufkommen für die 5 Richterinnen und 21 Richter war im vergangenen Jahr enorm hoch. Es gingen 500 Verfahren ein mit überproportional vielen Haftverfahren. Die Handelssachen stiegen um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Das Gericht nimmt auch in der Streitschlichtung einer Vorreiterrolle ein.

Antwort

Mit Schreiben vom 4. April 2006 Nr. ST-220-LG beantwortet das Justizministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet die Landesregierung die derzeitige Personalsituation am Landgericht in Ravensburg mit fehlenden 4,5 Stellen?

Der Personalbedarf der Gerichte wird durch PEBB§Y, ein mathematisch-analytisches System zur Personalbedarfsberechnung, das von allen Bundesländern entwickelt wurde, ermittelt. Entscheidend ist der sog. Deckungsgrad, das heißt die personelle Über- oder Unterdeckung der gesamten Dienststelle, getrennt für jede Laufbahngruppe, wobei ein Deckungsgrad von 100 % einer vollständigen Abdeckung des Personalbedarfs entspricht, ein Deckungsgrad von unter 100 % dagegen einen Personalbedarf ausweist.

Der durchschnittliche Deckungsgrad bei den Landgerichten des Landes Baden-Württemberg im höheren Dienst lag im Zeitraum Juli 2005 bis Januar 2006 bei 94 %, beim Landgericht Ravensburg bei 89 %. Dies bedeutet, dass beim Landgericht Ravensburg rechnerisch 3,1 Stellen fehlten, um den Personalbedarf voll zu erfüllen. Da die Verfahrenseingänge Schwankungen unterworfen sind, unterliegt auch der Deckungsgrad von Monat zu Monat erheblichen Schwankungen.

Ein vollständiger Ausgleich dieses Stellenmehrbedarfs ist aufgrund der insgesamt knappen Personalausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in Baden-Württemberg nicht möglich. Bezogen auf den Zeitraum Juli 2005 bis Januar 2006 fehlten nach der Personalbedarfsberechnung bei den Landgerichten in Baden-Württemberg 33,72 Richterstellen, bei den Amtsgerichten 94,51 Richterstellen und bei den Staatsanwaltschaften 89,71 Staatsanwaltschaften. Durch das laufende Stellenabbauprogramm wird sich die Personalausstattung weiter verringern. Das Landgericht Ravensburg ist wegen seiner hohen Belastung von Personaleinsparungen in den letzten Jahren allerdings weitgehend verschont geblieben.

2. Welche Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit sieht die Landesregierung durch die zeitliche Verzögerung der Verfahrensentwicklung aufgrund der Überlastung des Gerichtes?

Aufgrund der in den vorangegangenen Jahren durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen, einer Optimierung der Ablauforganisation, der auf modernsten technischen Stand gebrachten EDV sowie des großen Engagements aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeitet das Landgericht Ravensburg trotz seiner knappen Personalausstattung nach wie vor effektiv und schnell. Ein Zivilrechtsstreit dauert im Durchschnitt weniger als vier Monate. Lediglich in ca. 8,7 % aller Zivilverfahren wird Berufung zum Oberlandesgericht Stuttgart eingelegt.

Allerdings belasten Umfang und Schwierigkeitsgrad der Strafverfahren die Strafkammern erheblich. Probleme bereiten vor allem die überproportional vielen Haftverfahren, die nach der gesetzlichen Vorgabe binnen eines Zeitraums von sechs Monaten nach dem Beginn der Untersuchungshaft verhandelt werden müssen. In diesem Bereich konnten die gesetzlichen Vorgaben teilweise nur mit erheblichen Anstrengungen erfüllt werden. Bislang gibt es aber keine negativen Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit.

3. Wie kann der derzeitige Qualitätsstandard in der Rechtssprechung künftig gehalten werden?

Die Justiz des Landes Baden-Württemberg arbeitet nach wie vor effektiv und auf einem hohen qualitativen Niveau. Die große Anzahl der Verfahrenseingänge und der zunehmende Stellenabbau haben die Leistungsfähigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften noch nicht in nachhaltiger Weise beeinträchtigt, weil deren Folgen durch technische Verbesserungen, Optimierungsprozesse in der Organisation, Entlastungsmaßnahmen durch den Gesetzgeber, eine moderne EDV-Ausstattung und einen erheblichen Arbeitseinsatz der Justizangehörigen weitgehend aufgefangen werden konnten.

4. In welchem zeitlichen Rahmen kann mit einer Verbesserung der personellen Situation am Landgericht in Ravensburg gerechnet werden?

Angesichts der generell angespannten personellen Situation bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften des Landes Baden-Württemberg kann mit einer wesentlichen Verbesserung der personellen Situation am Landgericht Ravensburg nicht gerechnet werden. Da das Justizministerium aber auf eine gleichmäßige personelle Ausstattung aller Behörden achtet, ist nicht auszuschließen, dass die Personalausstattung des Landgerichts geringfügig erhöht werden kann. Eine ausreichende Entlastung würde nur dann eintreten, wenn die Verfahrenseingänge nachhaltig zurückgingen. Ob dies der Fall sein wird, kann derzeit nicht hinreichend sicher beantwortet werden.

Dr. Goll
Justizminister